

Landkreis Vorpommern-Rügen

Die Kreistagspräsidentin



Niederschrift über die 6. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 15. Juni 2020

Sitzungsraum: Kulturhaus "Treffpunkt Europas",
Heinrich-Heine-Straße 1a in 18507 Grimmen,
Sitzungsdauer: 17:00 - 20:09 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglied

Herr Michael Adomeit
Herr Uwe Ahlers
Frau Ute Bartel
Herr Norbert Benedict
Herr Alexander Benkert
Herr Ernst Branse
Frau Wenke Brüdgam
Herr Jörg Burwitz
Herr Uwe Dalski
Frau Rita Falkert
Herr Frank Fanter
Herr Stefan Giese
Herr Christian Griwahn
Herr Aurel Hagen
Herr Benjamin Heinke
Herr Roland Herrmann
Herr Maik Hofmann
Herr Frank Ilchmann
Frau Dr. Carmen Kannengießer
Frau Kristine Kasten
Herr Albrecht Kiefer
Frau Anett Kindler
Herr Holger Kliewe
Frau Andrea Köster
Herr Frank Kracht
Herr Helmut Krüger
Frau Andrea Kühl
Herr Andreas Kuhn
Herr Jens Kühnel
Herr Hendrik Lastovka
Frau Christiane Latendorf
Herr Dirk Leistner
Herr Mathias Löttge
Herr Michael Meister

Frau Kathrin Meyer
Frau Christiane Müller
Frau Claudia Müller
Herr Thomas Naulin
Herr Dirk Niehaus
Herr Michael Philippen
Herr Thoralf Pieper
Herr Helmut Poppe
Frau Julia Präkel
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Thomas Reichenbach
Herr Gerd Scharmberg
Frau Sylvia Schiefler
Frau Dr. Doris Schmutzer
Herr Norbert Schöler
Herr Daniel Schossow
Herr Thomas Schulz
Herr Maximilian Schwarz
Herr Dario Seifert
Herr Jürgen Suhr
Herr Norbert Thomas
Herr Peter van Slooten
Frau Heike Völschow
Frau Petra Voß
Herr Dr. Wolfgang Weiß
Frau Susann Wippermann
Herr Dr. Ronald Zabel
Frau Andrea Zachow
Herr Tilo Ziemßen
Frau Anita Zimmermann

Von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kerth	Landrat
Frau Carmen Schröter	FBL 1
Herr Frank-Peter Lender	FBL 3
Frau Ricarda Rumpel	FDL 01
Herr Georg Rüting	FDL 13
Herr Markus Zimmermann	FDL 31
Herr Jörg Heusler	FDL 33
Frau Peggy Schäpler-Moede	FGL 01.20
Herr Dietmar Schubotz	FGL 12.10
Frau Katrin Schmuhl	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Marcus Hanusch	Protokollführung

Es fehlen:**Kreistagsmitglied**

Herr Harry Glawe	unentschuldigt
Herr Philipp Laars	unentschuldigt
Frau Andrea Kähler	entschuldigt
Herr Wolfgang Meyer	entschuldigt
Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp	entschuldigt

Von der Verwaltung

Herr Manfred Gerth	entschuldigt
--------------------	--------------

Tagesordnung**- Öffentlicher Teil -**

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschriften vom 24. Februar 2020, vom 9. März 2020 und vom 15. April 2020
5. Information der Kreistagspräsidentin
6. Bericht des Landrates
7. Anfragen der Kreistagsmitglieder
8. Nach- und Umbesetzungen
- 8.1 Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung für Herrn Marco Schröder aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Jonathan Göbel
9. Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren im Landkreis Vorpommern-Rügen (Verwaltungsgebührensatzung) BV/3/0108
10. Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses für die Feststellung des Jahresabschlusses 2018 nach § 60 Abs. 5 Satz 1 KV M-V BV/3/0102
11. Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses für die Entlastung des Landrates nach § 60 Abs. 5 Satz 2 KV M-V BV/3/0103

12.	Medienentwicklungsplan des Landkreises Vorpommern-Rügen	BV/3/0109
13.	4. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Vorpommern-Rügen für die allgemein bildenden Schulen im Planungszeitraum 2015/2016 - 2019/2020, verlängert bis 2021/2022	BV/3/0112
14.	Vereinbarung zum Umfang der Jugendförderung gemäß § 6 Absatz 2 Kinder- und Jugendförderungsgesetz - KJFG	BV/3/0107
15.	6. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen	BV/3/0114
16.	1. Änderung der 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Doppelhaushalt 2019/2020	BV/3/0095
17.	Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 29. April 2020 über die Bewilligung eines überplanmäßigen Betriebskostenzuschusses (Aufwand/Auszahlung) an die Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen (VVR) im Haushaltsjahr 2020 sowie weiterer überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen an die VVR im Haushaltsjahr 2020	BV/3/0117/1
18.	Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidungen des Landrates vom 26. März 2020 und 29. April 2020 sowie weiterer außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2020 i. H. v. 1.800.000,00 EUR (Schutzausrüstung und weitere Aufwendungen/Auszahlungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie)	BV/3/0118/1
19.	Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Oberverwaltungsgericht M-V für die Wahlperiode 2020 - 2025	BV/3/0111
20.	Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Greifswald für die Wahlperiode 2020 - 2025	BV/3/0086
21.	Inkommunalisierung einer gemeindefreien Wasserfläche - Nordhafen in der Gemeinde Wiek	BV/3/0120
22.	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/FR: "BuT Mittagsversorgung - Auszahlung eines einmaligen Pauschalbetrages an berechnigte Leistungsempfänger*innen"	A/3/0037
23.	Antrag "Königslinie wiederbeleben und erhalten - Wirtschaft vor Ort stärken"	
23.1	Antrag der Kreistagsfraktionen der CDU und SPD: "Königslinie wiederbeleben und erhalten - Wirtschaft vor Ort stärken"	A/3/0039
23.2	Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler zum Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und SPD: „Königslinie wiederbeleben und erhalten - Wirtschaft vor Ort stärken“	A/3/0039/1
24.	Antrag "Rettungsschirm für Kommunen und ÖPNV"	
24.1.	Antrag der Kreistagsfraktion der CDU: "Rettungsschirm für Kommunen und ÖPNV"	A/3/0040
24.2	Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler zum Antrag der Kreistagsfraktion CDU: „Rettungsschirm für Kommunen und ÖPNV“	A/3/0040/1

- | | | |
|------|--|------------|
| 24.3 | Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Antrag der Kreistagsfraktion CDU: „Rettungsschirm für Kommunen und ÖPNV“ | A/3/0040/2 |
| 25. | Antrag der Kreistagsfraktion BfS/FDP: "Angleichung der Vergütung und Sachkosten an die Gesetzeslage für die Kindertagespflegepersonen" | A/3/0041 |
| 26. | Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktion der CDU, BfS/FDP und BVR/FW: "Präsenzunterricht zu 100 Prozent herstellen" | A/3/0044 |
| 27. | Mitteilungen | |

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Kreistagspräsidentin Meyer eröffnet die 6. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde, 53 von 69 Kreistagsmitgliedern anwesend sind und damit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

2. Einwohnerfragestunde

Einwohneranfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Kuhn stellt für die Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP und BVR/FW einen Dringlichkeitsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung. Es soll der Antrag „Präsenzunterricht zu 100 Prozent herstellen“ aufgenommen werden. Herr Kuhn begründet die Dringlichkeit damit, dass die nächste Kreistagssitzung erst im Oktober 2020 stattfinde, aber der Schulunterricht bereits am 3. August 2020 beginne und ab diesem Zeitpunkt wieder normaler Präsenzunterricht in den Schulen sein sollte.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung, den Antrag mit auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Kreistag stimmt der Erweiterung der Tagesordnung mehrheitlich mit einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen zu.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Bestätigung der Tagesordnung unter Berücksichtigung der genannten Änderung.

Der Kreistag bestätigt die Tagesordnung unter Berücksichtigung der Änderung einstimmig bei einer Enthaltung.

4. Genehmigung der Niederschriften vom 24. Februar 2020, vom 9. März 2020 und vom 15. April 2020

Frau Kreistagspräsidentin Meyer fragt, ob es Fragen oder Anmerkungen zu den Niederschriften gebe.

Frau Falkert erfragt mit Bezug auf die nichtöffentliche Niederschrift vom 9. März 2020, ob es bereits eine Entscheidung des Landesbeamtenausschusses bezüglich der Besetzung der Fachdienstleiterstelle des Rechnungsprüfungsamtes gebe.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass die Sitzung des Landesbeamtenausschusses bedingt durch die Corona-Pandemie verschoben und somit noch keine Entscheidung getroffen worden sei.

Weitere Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet nacheinander um Abstimmung über die Niederschriften vom 24. Februar 2020, vom 9. März 2020 und vom 15. April 2020.

Abstimmungsergebnis Genehmigung der Niederschrift vom 24. Februar 2020: einstimmig mit drei Enthaltungen zugestimmt

Dafür: 61

Dagegen: 0

Enthaltungen: 3

Abstimmungsergebnis Genehmigung der Niederschrift vom 9. März 2020: einstimmig mit drei Enthaltungen zugestimmt

Dafür: 61

Dagegen: 0

Enthaltungen: 3

Abstimmungsergebnis Genehmigung der Niederschrift vom 15. April 2020: einstimmig mit drei Enthaltungen zugestimmt

Dafür: 61

Dagegen: 0

Enthaltungen: 3

5. Information der Kreistagspräsidentin

Frau Kreistagspräsidentin Meyer gratuliert den Kreistagsmitgliedern, die seit der letzten Kreistagssitzung Geburtstag hatten.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer gibt die Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Kreistages am 9. März 2020 bekannt:

TOP 10 - Bestellung eines Rechnungsprüfers für den Landkreis Vorpommern-Rügen
Abstimmungsergebnis: einstimmig mit zwei Enthaltungen zugestimmt.

TOP 11 - Bestellung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit neun Gegenstimmen und neun Enthaltungen zugestimmt.

TOP 12 - Kauf von Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung zugestimmt.

6. Bericht des Landrates

Herr Landrat Dr. Kerth führt aus, dass die Thematik „Corona“ noch lange nicht überstanden sei. Auch wenn die Infektionszahlen nicht mehr steigen würden, werde sich an den verschiedensten Stellen mit der Thematik weiterhin beschäftigt werden müssen. Die Verwaltung verzeichne immer noch einen enorm hohen Informationsbedarf der Bürger. Es werde über die verschiedensten Kommunikationskanäle versucht, die Fragen abzuarbeiten. Weiter gebe es sehr dynamische Rechtsverordnungen, welche für die Bürger entsprechend aufbereitet werden müssten.

Zukünftig würden sich der Bund und das Land allmählich aus den Zuständigkeiten zurückziehen und die Verantwortung an die Landkreise und kreisfreien Städte übergeben. **Herr Landrat Dr. Kerth** hoffe, dass die Verwaltung nicht noch über Jahre mit dieser Thematik beschäftigt sein werde und das entsprechende Sonderprogramme entwickelt werden müssten. Wichtig sei, auf eventuell auftretende einzelne Infektionsereignisse vorbereitet zu sein.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert weiter, dass die Abstrichzentren in Bergen auf Rügen und Ribnitz-Damgarten zum 30. Juni 2020 geschlossen werden würden, da an den beiden Standorten relativ wenige Tests durchgeführt worden seien. Weiterhin gebe es ein mobiles Abstrichzentrum. Für zukünftige Infektionsereignisse würden zwei temporäre Abstrichzentren zur Verfügung stehen, die im Ernstfall zum Einsatz kommen. An den Wochenenden seien die Abstrichzentren an den Unikliniken in Rostock und Greifswald und natürlich das mobile Abstrichzentrum in Bereitschaft. Die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber den bestehenden Einschränkungen gehe weiter zurück und es gebe mehr Widersprüche. Der Landkreis Vorpommern-Rügen bereite sich daher auf mehr Klagen vor.

Die Verwaltung arbeite seit dem 2. März 2020 in Stabsstrukturen. Dies bedeute, dass es einen Verwaltungs-, Führungs-, und Krisenstab gebe, um verwaltungsintern auf die besonderen Anforderungen reagieren zu können. Unter anderem gebe es den Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Dieser sei in den letzten Monaten durch Mitarbeiter aus anderen Bereichen der Verwaltung verstärkt worden. Diese Umorganisation führe jedoch in anderen Bereichen zu Lücken bei der Sachbearbeitung. Die Hauptaufgabe des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit sei es, die sich ständig ändernden Rechtsverordnungen in der aktuellen Fassung in die FAQ's auf der Seite des Landkreises Vorpommern-Rügen einzupflegen. Weiter seien E-Mail-Postfächer zu Corona-Fragen eingerichtet worden, um spezielle Fragen direkt beantworten zu können. Auch gebe es immer noch die „1000“ als Hotline-Rufnummer für Fragen zum Thema „Corona“. Über die sozialen Medien, wie zum Beispiel Facebook, seien ebenfalls eine große Menge an Fragen beantwortet worden. Zudem sei eine gute Aufklärungsarbeit durch die Videos des Gesundheitsamtes erfolgt.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass auch seine Facebookseite „Dr. Stefan Kerth - Einfach nur Mensch.“ für die Weitergabe von Informationen an die Bürger genutzt worden sei. Dies immer unter dem Aspekt, die Informationen einer breiten Masse zur Verfügung zu stellen. Es würden auch in den nächsten Monaten die Bereiche Gesundheit und Soziales und Jugend weiterhin gefordert sein. Aber auch der Fachdienst Bürgerservice, in welchem die Telefonie angesiedelt sei, werde in den nächsten Monaten weiter stark beansprucht. Das betrifft zudem den Fachdienst Ordnung als bündelnde Stelle der Stabsarbeit. Es sei davon auszugehen, dass es mit Blick auf die Sommerferien eine starke Nachfrage nach Campingplätzen geben und es auch zu „Wildcampen“ kommen werde. Letzteres stelle ein Verbot dar, mit dem umgegangen werden müsse. Durch die Umorganisation werde auch das Personal des Fachdienstes Organisation, Personal und IT sehr beansprucht. Nicht zu vergessen sei der Verkehrsbetrieb der VVR, der vom aktuellen Geschehen abhängig sei.

Sodann führt **Herr Landrat Dr. Kerth** aus, dass durch die Corona-Pandemie auch

einige positive Nebeneffekte in der Verwaltung beobachtet werden konnten. So sei die Verwaltung momentan für den normalen Besucherverkehr geschlossen, aber für die Bürgerinnen und Bürger ein Terminsystem eingeführt worden, welches sehr gut angenommen werde. Dieses Terminsystem soll auch für eine zukünftige Nutzung berücksichtigt werden.

In Bezug auf das Thema „Sonderbetreuung in KITA und Schule“ informiert **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass sich der Landkreis Vorpommern-Rügen zu Sonderwegen entschieden habe. Das Jugendamt des Landkreises Vorpommern-Rügen habe in Abstimmung mit den Freien Trägern, dort wo es möglich war, eine Betreuung über acht Stunden, statt sechs Stunden organisiert. Gegenwärtig seien 75 % der Krippen- und Kita-Kinder sowie 11 % der Hortkinder wieder in den Einrichtungen untergebracht. Ein zweiter Sonderweg im Landkreis Vorpommern-Rügen beziehe sich auf die Betreuung der 4. Klassen. Hier habe der Landkreis Vorpommern-Rügen geprüft, ob auch in dem Fall, dass kein rechtlicher Anspruch bestehen würde, dennoch eine Finanzierung der Betreuung in den Sommerferien 2020 erfolgen könne. Ein dritter Sonderweg im Landkreis Vorpommern-Rügen sei die Zusammenarbeit mit den Freien Trägern. Hier habe die Gefahr bestanden, dass diese ihre Leistungen nicht mehr erbringen können. Mit Hilfe des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes (SodEG) seien sehr gute Möglichkeiten gefunden worden, so dass die Träger weiter ihre Leistungen erbringen könnten.

Herr Landrat Dr. Kerth teilt mit, dass er ein Wirtschaftsbündnis zu Stärkung der Wirtschaft ins Leben gerufen habe. Dieses solle sich mit der aktuellen Lage beschäftigen und einen Weg aus der Krise aufzeigen. Hier gebe es in den nächsten Monaten Gespräche.

Zum Jobcenter Vorpommern-Rügen informiert **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass der erwartete Ansturm von Leistungen nach dem SGB II nicht eingetreten sei.

Herr Landrat Dr. Kerth führt weiter aus, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen in der vergangenen Zeit seine Unterhaltungsinvestitionen und entsprechenden Projekte fortgeschrieben habe. Es seien Maßnahmen an den Schulen erbracht worden, welche im normalen Schulbetrieb nicht hätten durchgeführt werden können. Weiter seien am Flughafen Gützin 250.000 Euro für die Instandsetzungsarbeiten am Tower und der Landebahn investiert worden.

Bei der KFZ-Zulassung sei es seit dem 20. März 2020 möglich, ein reines Onlineverfahren nutzen zu können. Hier sei die einzige Einschränkung, dass ein Personalausweis mit entsprechenden Zugangscodes vorliegen müsse.

Natürlich seien auch einige Vorhaben nicht umgesetzt worden. Ein konkretes Beispiel sei die Investitionsförderrichtlinie für Vereine. Die unterbliebene Bearbeitung in der letzten Zeit habe schlicht und einfach an der Umorganisation in der Verwaltung aufgrund der Corona-Pandemie gelegen.

Herr Landrat Dr. Kerth zieht abschließend ein Fazit zum Coronavirus-Geschehen und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit den Fraktionsvorsitzenden.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung und besonders für die täglichen Informationen des Gesundheitsamtsleiters Herrn Heusler.

7. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Frau Dr. Kannengießer erfragt, wo die Festlegungen zum Abzug welcher Behörden, z.B. der Straßenverkehrsbehörde und der Jagdbehörde, aus Bergen/Rügen festgehalten seien? Was weiter geplant sei, außer dem Belassen eines „Bürgerservices“? Ob es eventuell doch noch die Möglichkeit der Rückverlagerung von Verwaltungseinheiten gebe?

Weiter erfragt sie, wie weit die Realisierung des Radweges zwischen Zirkow und Serams im Lückenschlussprogramm durchgeführt sei? Dies werde seit 18 Jahren von Fremdenverkehrsvereinen, Sportvereinen, Radveranstaltern, Bürgern und Urlaubern gefordert.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer erklärt anschließend, dass Frau Dr. Kannengießer zu den Fragen jeweils eine schriftliche Antwort erhalte.

Herr Hofmann erfragt, inwieweit das Kulturkonzept, welches vom Landkreis Vorpommern-Rügen erstellt wurde, bereits umgesetzt worden ist bzw. wann wird dieses Konzept umgesetzt?

Weiter erfragt er, wie der Landkreis Vorpommern-Rügen mit den Touristen verfare, die an einem Gottesdienst teilgenommen haben, bei dem eine Infizierung mit dem Coronavirus erfolgt sei.

Herr Landrat Dr. Kerth teilt mit, dass er zum Kulturkonzept des Landkreises keinen aktuellen Stand habe. Er verweist zur Beantwortung der zweiten Frage auf die Allgemeinverfügung des Landkreises Vorpommern-Rügen. Diese gelte jedoch nur für die Personen, die ihren Wohnsitz im Landkreis Vorpommern-Rügen hätten. Zur weiteren Klärung der Frage bittet **Herr Landrat Dr. Kerth** Herrn Heusler zu Wort.

Herr Heusler führt ergänzend aus, dass es ihm aus fachlicher Sicht wichtig war, die betreffenden Personen vor Ort in Quarantäne zu schicken. Betroffene Personen aus anderen Bundesländern seien dem entsprechenden Gesundheitsamt gemeldet worden. Alle Kontaktpersonen 1. Grades würden täglich durch das Gesundheitsamt kontaktiert und nach ihrem Gesundheitszustand befragt. Alle Kontaktpersonen 2. Grades würden nicht kontaktiert. Es sei eine Risikobetrachtung, bei der nicht ausgeschlossen werde könne, dass jemand, der in ein anderes Bundesland zurückgeschickt wird oder zurückkehrt, doch infiziert sei. Es gehe nicht darum, ein Risiko auszuschließen, es ginge immer um eine Minimierung der Infektionen.

Weitere Anfragen gibt es nicht.

8. Nach- und Umbesetzungen

8.1 Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung für Herrn Marco Schröder aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Jonathan Göbel

Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bitte um Abstimmung.

Beschluss: KT 114-06/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Jonathan Göbel als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung, wird Frau Anne Zabel als neue Stellvertreterin für Herrn Marco Schröder in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung nachbesetzt.

Somit ist Frau Anne Zabel stellvertretendes Mitglied für Herrn Marco Schröder im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit einer Enthaltung zugestimmt

Dafür: 63

Dagegen: 0

Enthaltungen: 1

9. Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren im Landkreis Vorpommern-Rügen (Verwaltungsgebührensatzung)

Vorlage: BV/3/0108

Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bitte um Abstimmung.

Beschluss: KT 115-06/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag beschließt die Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren des Landkreises Vorpommern-Rügen - Verwaltungsgebührensatzung - und die dazugehörige Gebührentariftabelle.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit zwei Enthaltungen zugestimmt

Dafür: 62

Dagegen: 0

Enthaltungen: 2

10. Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses für die Feststellung des Jahresabschlusses 2018 nach § 60 Abs. 5 Satz 1 KV M-V

Vorlage: BV/3/0102

Frau Völschow informiert, dass die Prüfung des Jahresabschlusses nach dem Kommunalprüfungsgesetz M-V zu den Aufgaben der örtlichen Prüfung gehöre. Für die Aufgaben der örtlichen Prüfung sei nach § 1 Absatz 4 Satz 1 des Kommunalprüfungsgesetzes M-V der Rechnungsprüfungsausschuss zuständig. Hierzu bediene er sich des Rechnungsprüfungsamtes. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe sich in seinen Sitzungen am 20. Januar 2020 zum Stand der Prüfung und am 18. Mai 2020 mit den Inhalten der Prüfung, dem vom Rechnungsprüfungsamt erstellten Schlussbericht sowie

der Stellungnahme des Landrates vom 6. Februar 2020 befasst.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 habe zu keinen Beanstandungen geführt, die so wesentlich seien, dass sie der Feststellung durch den Kreistag entgegenstehen würden.

Die Beanstandungen aus den Prüfungen der Jahresabschlüsse 2012 bis 2017 würden jedoch auch für 2018 zu Einschränkungen führen. Eine wesentliche Einschränkung sei, dass auch im Jahr 2018 das Buchungswesen noch nicht vollumfänglich gesichert sein würde. Der Fachdienst Finanzen würde systematisch an der Abarbeitung arbeiten. Für das Jahr 2019 seien entsprechende Sicherungsmaßnahmen eingeführt worden.

Bereits bei der Prüfung der Vergaben der Haushaltsjahre 2015 bis 2017 seien Defizite bei der inhaltlichen und rechtlichen Ausgestaltung der Dienstanweisung für das Vergabewesen festgestellt worden. In der Stellungnahme des Landrates sei mitgeteilt worden, dass zum 1. Januar 2021 eine zentrale Beschaffungs- und Vergabestelle eingerichtet werde. Im Rahmen des Abstimmungsprozesses stehe das Ziel, die Dienstanweisung bis zum 31. Dezember 2020 zu überarbeiten. Der lange Zeitraum von der ersten Beanstandung bis zur Abstellung der aufgezeichneten Mängel seien durch das Rechnungsprüfungsamt und den Rechnungsprüfungsausschuss kritisiert worden.

Mit diesen Einschränkungen entspreche der Jahresabschluss 2018 dennoch den geltenden Vorschriften der Kommunalverfassung M-V und der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik. Der Jahresabschluss vermittele einen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Landkreises. Aus dem Arbeitsmaterial, das dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Verfügung gestellt worden sei, konnten die aus der Prüfung resultierenden Veränderungen der Bilanz-, Ergebnis- und Finanzrechnung nachvollzogen werden.

Daher habe das Rechnungsprüfungsamt auf der Grundlage seiner Prüfungsfeststellungen einen Schlussbericht mit eingeschränktem Bestätigungsvermerk erteilt. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe diesem auf seiner Sitzung vom 18. Mai 2020 zugestimmt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfehle dem Kreistag die Feststellung des Jahresabschlusses 2018 und die Entlastung des Landrates.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bitte um Abstimmung.

Beschluss: KT 116-06/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stellt den vom Rechnungsprüfungsausschuss und vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss 2018 des Landkreises Vorpommern-Rügen zum 31. Dezember 2018 in der Fassung vom 20. November 2019 fest.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Dafür: 64

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

11. Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses für die Entlastung des Landrates nach § 60 Abs. 5 Satz 2 KV M-V

Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bitte um Abstimmung.

Beschluss: KT 117-06/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2018.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Dafür: 64

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

12. Medienentwicklungsplan des Landkreises Vorpommern-Rügen
Vorlage: BV/3/0109

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass es im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss eine Einwohneranfrage von einem Mitglied des Kreiselternrates zu diesem Thema gegeben habe. Dies habe im Ausschuss einige Fragen aufgeworfen. Nach Klärung des Sachverhaltes sei festzuhalten, dass dem Anfragersteller die Möglichkeit der Beantwortung in Form eines Termins gegeben worden sei. Der Anfragersteller habe diesen Termin jedoch nicht wahrgenommen. Grundsätzlich stehe die Verwaltung für eine Beantwortung der Fragen zur Verfügung. Die Fragen würden nun jedoch im Raum stehen. **Herr Landrat Dr. Kerth** erklärt, dass es zwischen dem Ernst-Moritz-Arndt Gymnasium in Bergen und dem Landkreis Vorpommern-Rügen keine Meinungsverschiedenheit hinsichtlich des Medienentwicklungsplanes und des Medienentwicklungskonzeptes der Schule gebe. Zu einem einzigen Punkt gebe es den Wunsch der Schule, dass eine Lösung gefunden werde und zwar zu der Frage, wie die Schülerinnen und Schüler ihre eigenen Geräte nutzen könnten. Dies sei nach den momentan geltenden Datenschutzrichtlinien in dieser Form jedoch nicht umsetzbar.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bitte um Abstimmung.

Beschluss: KT 118-06/2020

1. Der Kreistag beschließt den Medienentwicklungsplan (MEP) des Landkreises Vorpommern-Rügen (Anlage 1) als strategische Grundlage für die zukünftige Digitalisierung der Schulen in seiner Trägerschaft.
2. Die überplanmäßigen, ggf. außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 677.100,00 € im Haushaltsjahr 2020 werden durch entsprechende Fördermittel in gleicher Höhe gedeckt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit drei Enthaltungen zugestimmt

Dafür: 61

Dagegen: 0

Enthaltungen: 3

13. 4. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Vorpommern-Rügen für die allgemein bildenden Schulen im Planungszeitraum 2015/2016 - 2019/2020, verlängert bis 2021/2022
Vorlage: BV/3/0112

Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bitte um Abstimmung.

Beschluss: KT 119-06/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die 4. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Vorpommern-Rügen für die allgemein bildenden Schulen im Planungszeitraum 2015/2016 - 2019/2020, verlängert bis 2021/2022.

1. Zum Schuljahr 2021/2022 wird am Standort Miltzow eine Regionale Schule mit Grundschule errichtet.
2. Die Grundschule Brandshagen wird zum Ende des Schuljahres 2020/2021 geschlossen. Ab dem Schuljahr 2021/2022 besuchen die Schülerinnen und Schüler den Grundschulteil der Regionalen Schule mit Grundschule Miltzow.
3. Die Grundschule Horst wird zum Ende des Schuljahres 2020/2021 geschlossen. Ab dem Schuljahr 2021/2022 besuchen die Schülerinnen und Schüler den Grundschulteil der Regionalen Schule mit Grundschule Miltzow.
4. Die Regionale Schule Reinberg wird zum Ende des Schuljahres 2020/2021 geschlossen. Ab dem Schuljahr 2021/2022 besuchen die Schülerinnen und Schüler den Regionalschulteil der Regionalen Schule mit Grundschule Miltzow.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit zwei Enthaltungen zugestimmt

Dafür: 62

Dagegen: 0

Enthaltungen: 2

14. Vereinbarung zum Umfang der Jugendförderung gemäß § 6 Absatz 2 Kinder- und Jugendförderungsgesetz - KJFG
Vorlage: BV/3/0107

Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bitte um Abstimmung.

Beschluss: KT 120-06/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, im Rahmen der „Vereinbarung über die Zusammenset-

zung und die Höhe der Anteile der Kinder- und Jugendförderung gemäß § 6 Absatz 2 des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes“

1. in den Haushalt 2021/2022 im Produktsachkonto 3620000.5419000 für die Erfüllung der Aufgaben nach § 6 Abs. 1 Kinder- und Jugendförderungsgesetz M-V 500.000,00 €/Jahr,
2. im Produktsachkonto 3620000.5419000 zusätzlich zu den in Punkt 1 zu planenden Mitteln im Jahr 2021 einmalig weitere Mittel in Höhe von 39.200,00 € einzuplanen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Dafür: 64

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

15. 6. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen
Vorlage: BV/3/0114

Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bitte um Abstimmung.

Beschluss: KT 121-06/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die in der Anlage 1 beigefügte 6. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Dafür: 64

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

16. 1. Änderung der 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Doppelhaushalt 2019/2020
Vorlage: BV/3/0095

Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bitte um Abstimmung.

Beschluss: KT 122-06/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die 1. Änderungssatzung zur 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2020 mit einem Kreisumlagehebesatz in Höhe von 41,24 v. H. der Kreisumlagegrund-

lagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit fünf Enthaltungen zugestimmt

Dafür: 59

Dagegen: 0

Enthaltungen: 5

- 17. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 29. April 2020 über die Bewilligung eines überplanmäßigen Betriebskostenzuschusses (Aufwand/Auszahlung) an die Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen (VVR) im Haushaltsjahr 2020 sowie weiterer überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen an die VVR im Haushaltsjahr 2020**
Vorlage: BV/3/0117/1
-

Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bitte um Abstimmung.

Beschluss: KT 123-06/2020

1. Der Kreistag genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung des Landrates des Landkreises Vorpommern-Rügen vom 29. April 2020 über die Bewilligung eines überplanmäßigen Betriebskostenzuschusses an die VVR für das Haushaltsjahr 2020 i. H. v. 453.800,00 EUR.
2. Der Kreistag genehmigt einen überplanmäßigen Aufwand und eine überplanmäßige Auszahlung i. H. v. 3.306.760,00 EUR als Betriebskostenzuschuss an die VVR.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit sieben Enthaltungen

Dafür: 57

Dagegen: 0

Enthaltungen: 7

- 18. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidungen des Landrates vom 26. März 2020 und 29. April 2020 sowie weiterer außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2020 i. H. v. 1.800.000,00 EUR (Schutzausrüstung und weitere Aufwendungen/Auszahlungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie)**
Vorlage: BV/3/0118/1
-

Herr Herrmann führt aus, dass in der Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 26. März 2020 geschrieben stehe, dass ein gestiegener Bedarf von medizinischen Versorgungsmitteln vorliegen würde und daher der Landkreis Vorpommern-Rügen dringend handeln müsse. Im Bericht des Landrates vom 24. Februar 2020 hieße es jedoch, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen gut vorbereitet sei. Die Corona-Krise und deren Auswirkungen seien jedoch unabweisbar und unvorhersehbar. **Herr Herrmann** merkt an, dass bereits nach den Quarantäne-Maßnahmen in Wuhan und somit

vor der Dringlichkeitsentscheidung vom 26. März 2020 entsprechende Maßnahmen im Landkreis hätten eingeleitet werden müssen.

Weiter stehe in der Begründung der Beschlussvorlage geschrieben: „Nach gegenwärtigem Kenntnisstand wird von Verkaufserlösen i. H. v. 1,7 Mio. EUR ausgegangen.“

Herr Herrmann bittet den Landrat dazu Stellung zu nehmen, ob und wenn ja, wann Schutzausrüstung veräußert worden sei und ob er sich vorstellen könnte, eine Veräußerung hinauszuzögern bis es einen Impfstoff gebe.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen sich nicht bei jeder in der Welt auftretenden Gefahr mit entsprechender Schutzausrüstung eindecken könne. Er gehe davon aus, dass durch die im Bericht vom Landrat erwähnten Stabsstrukturen die Krise gemeistert werden könne. Weiter führt **Herr Landrat Dr. Kerth** an, dass er erstaunt sei, dass nicht noch parallel die Afrikanische Schweinepest aufgetreten sei. Hier sei der momentane Verlauf noch nicht vorhersehbar. Auch hier könne man im Nachhinein immer besser beurteilen, welche Maßnahmen hätten getroffen werden können.

Zum Verkauf von Schutzausrüstungen erklärt **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass im Landkreis Vorpommern-Rügen eine Regelung getroffen worden sei, dass Schutzausrüstung für einen Monat vorgehalten werde. Die Schutzausrüstung werde nur an diejenigen Einrichtungen veräußert, die sich sowieso mit diesen Materialien hätten ausstatten müssen. Dazu habe das Land geregelt, dass diese dann entsprechend dafür zahlen müssten. Gegenwärtig sei noch zu klären, wer die Bezahlung der angeschafften Schutzausrüstung übernehme, die Landkreise oder das Land.

Herr Herrmann erklärt, dass keine Schutzausrüstung verkauft werden solle, die eventuell in einem halben Jahr wieder benötigt werden würde.

Herr Landrat Dr. Kerth weist nochmals darauf hin, dass der Bedarf von Schutzausrüstung für einen Monat vorgehalten werde. Auch in Mecklenburg-Vorpommern solle durchaus mehr auf Corona getestet werden.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 124-06/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen genehmigt

1. die Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 26. März 2020,
2. die Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 29. April 2020 und
3. beschließt außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen i. H. v. 1.800.000,00 EUR für das Haushaltsjahr 2020.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit sechs Enthaltungen zugestimmt

Dafür: 58

Dagegen: 0

Enthaltungen: 6

19. **Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Oberverwaltungsgericht M-V für die Wahlperiode 2020 - 2025**
Vorlage: BV/3/0111
-

Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bitte um Abstimmung.

Beschluss: KT 125-06/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Vorschlagsliste für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Obergericht Mecklenburg-Vorpommern laut Anlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit zwei Enthaltungen

Dafür: 62

Dagegen: 0

Enthaltungen: 2

20. **Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Greifswald für die Wahlperiode 2020 - 2025**
Vorlage: BV/3/0086
-

Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bitte um Abstimmung.

Beschluss: KT 126-06/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Greifswald laut Anlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit vier Enthaltung

Dafür: 60

Dagegen: 0

Enthaltungen: 4

21. **Inkommunalisierung einer gemeindefreien Wasserfläche - Nordhafen in der Gemeinde Wiek**
Vorlage: BV/3/0120
-

Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bitte um Abstimmung.

Beschluss: KT 127-06/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:
Dem Antrag der Gemeinde Wiek auf Inkommunalisierung einer gemeindefreien Was-

serfläche im Nordhafen wird zugestimmt.
Der maßstabsgerechte Lageplan des öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs Holger Krawutschke vom 29. August 2018 ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit einer Enthaltung zugestimmt

Dafür: 63

Dagegen: 0

Enthaltungen: 1

22. Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/FR: "BuT Mittagsversorgung - Auszahlung eines einmaligen Pauschalbetrages an berechtigte Leistungsempfänger*innen"
Vorlage: A/3/0037

Frau Kindler begründet den eingebrachten Antrag und beantragt darüber hinaus, diesen in einen Prüfauftrag zu abzuändern:

„Der Landrat möge prüfen, ob an berechtigte BuT-Leistungsempfänger*innen auf einfachen Antrag/Nachweis ein Einmalbetrag von 50,00 € ausgezahlt werden kann, sofern diese aufgrund der coronabedingten Einschränkungen nicht an der BuT-Mittagsversorgung in Schulen oder Kindertageseinrichtungen teilnehmen konnten und keinen Zugang zu einer alternativen Versorgung in Form einer Abholung bzw. Lieferung hatten. Die Finanzierung erfolgt aus den ohnehin für die Mittagsversorgung bereitgestellten BuT-Mitteln.“.

Frau Christiane Müller bittet darum, den Prüfauftrag dahingehend zu erweitern, dass die Zahlung des Einmalbetrages von 50,- € nicht auf die Leistungen nach dem SGB II angerechnet werden.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung über den abgeänderten Antrag unter Berücksichtigung des Änderungsantrages von Frau Müller.

Beschluss: KT 128-06/2020

Der Landrat möge prüfen, ob an berechtigte BuT-Leistungsempfänger*innen auf einfachen Antrag/Nachweis ein Einmalbetrag von 50,00 € ausgezahlt werden kann, sofern diese aufgrund der coronabedingten Einschränkungen nicht an der BuT-Mittagsversorgung in Schulen oder Kindertageseinrichtungen teilnehmen konnten und keinen Zugang zu einer alternativen Versorgung in Form einer Abholung bzw. Lieferung hatten. Die Finanzierung erfolgt aus den ohnehin für die Mittagsversorgung bereitgestellten BuT-Mitteln.

Der ausgezahlte Einmalbetrag von 50,- € soll dabei nicht auf die Leistungen nach dem SGB II angerechnet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit sechs Enthaltungen zugestimmt

Dafür: 58

Dagegen: 0

Enthaltungen: 6

23. Antrag "Königslinie wiederbeleben und erhalten - Wirtschaft vor Ort stärken"

23.1 Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und SPD: "Königslinie wiederbeleben und erhalten - Wirtschaft vor Ort stärken"

Vorlage: A/3/0039

23.2 Änderungsantrag der Kreistagsfraktion BVR/FW zum Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und SPD: „Königslinie wiederbeleben und erhalten - Wirtschaft vor Ort stärken“

Vorlage: A/3/0039/1

Herr Benedict begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Kracht führt aus, es sei löblich, dass dieser Antrag auf der Tagesordnung stehe und ein Zeichen an die Bundesregierung oder sogar noch weiter gesendet werden solle. Jedoch könne er den Punkt zwei nicht unterstützen. Es gebe bereits eine gute Bahnanbindung an den Hafen Mukran. Diese werde nur durch die Deutsche Bahn nicht genutzt, da diese entschieden habe, alle Züge, die nach Skandinavien fahren, über den Hafen Rostock zu leiten. Auch der Ausbau der B96 sei nicht gerade förderlich gewesen. Mit einer Beschlussfassung sollte erreicht werden, dass sich das Land, der Bund und die Europäische Union mit dem Thema kürzester Seeweg auseinandersetze. Der Landrat könne sich in keiner Weise dahingehend einsetzen, wie sich Wirtschaftsunternehmen etablieren. Dies sei Aufgabe der Wirtschaft. Der Kreistag könne lediglich Rahmenbedingungen schaffen.

Herr Naulin informiert, dass die Königslinie nicht erst durch Corona zu Grunde gerichtet worden sei. Ein wichtiger Punkt sei die Straße gewesen. Der Ausbau der Alleenstraße sei nicht für den Fernverkehr geeignet. Die Landtagsabgeordneten müssten sich für den Erhalt der Königslinie einsetzen.

Herr Löttge begründet den eingebrachten Änderungsantrag.

Herr Niehaus merkt an, dass der Bundesverkehrsminister Scheuer dafür werbe, mehr Bahnlinien in den Güterverkehr aufzunehmen. Weiter habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN/FR eine Anfrage diesbezüglich an die Verwaltung gestellt, jedoch noch keine Antwort erhalten.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass bereits Gespräche zu diesem Thema stattfinden würden. Eine Antwort werde in den nächsten Wochen erfolgen. Durch den Änderungsantrag würde er jedoch beauftragt werden, die Bahnanbindung zu unterstützen, auch wenn diese nicht mehr die entsprechende Nutzung erfahren würde. Er könne sich jedoch vorstellen, dass es eine möglichst kurze und variable Schwedenanbindung gebe, um wettbewerbsfähig zu bleiben und sich für den Standort Mukran als Güterumschlagsplatz einzusetzen.

Frau Latendorf beantragt eine zweiminütige Pause.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer unterbricht antragsgemäß die Sitzung.

Herr Kuhn verliest nach der Pause den geänderten Beschlussvorschlag zum Antrag.

Dieser lautet wie folgt:

II wird wie folgt geändert:

Landes- und Bundesregierung sollen sich für eine bessere **Auslastung der Bahnanbindung** des Saßnitzer Hafens einsetzen.

III wird wie folgt geändert:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beauftragt den Landrat,

1. **sich für eine kurze,**
2. **möglichst variable Schwedenanbindung einzusetzen**
3. **und Mukran als Bahnstandort zu stärken.**

IV wird gestrichen.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer verliest ebenfalls den geänderten Beschlussvorschlag vor und bittet um Abstimmung über den Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und SPD unter Berücksichtigung der Abänderungen.

Beschluss: KT 129-06/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

- I Der Kreistag Vorpommern-Rügen fordert die Landes- und Bundesregierung dazu auf, die Wiederinbetriebnahme der Königslinie Sassnitz - Trelleborg mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln voranzutreiben.
- II Landes- und Bundesregierung sollen sich für eine bessere **Auslastung der Bahnanbindung** des Sassnitzer Hafens einsetzen.
- III **Der Kreistag Vorpommern-Rügen beauftragt den Landrat,**
- 1.**sich für eine kurze,**
 - 2.**möglichst variable Schwedenanbindung einzusetzen**
 - 3.**und Mukran als Bahnstandort zu stärken.**
- ~~IV Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit er koordinierend mit betroffenen Kommunen des Kreises und ihren schwedischen Partnergemeinden/-städten gemeinsame Lösungsideen erarbeiten kann.~~
- V Der Kreistag stellt außerdem fest, dass die Königslinie als Verbindung zwischen Schweden und Deutschland einen maßgeblichen Beitrag zur Idee eines geeinten Europas leistet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Dafür: 64

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

24. Antrag "Rettungsschirm für Kommunen und ÖPNV"

24.1 Antrag der Kreistagsfraktion CDU: „Rettungsschirm für Kommunen und ÖPNV“ Vorlage: A/3/0040

24.2 Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW zum Antrag der Kreistagsfraktion CDU: „Rettungsschirm für Kommunen und ÖPNV“ Vorlage: A/3/0040/1

24.3 Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Antrag der Kreistagsfraktion CDU: „Rettungsschirm für Kommunen und ÖPNV“ Vorlage: A/3/0040/2

Herr Schwarz begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Löttge begründet den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion BVR/FW.

Frau Latendorf begründet den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

Herr Scharmberg stellt den Änderungsantrag, dass in den Beschlusstext: „die Veranstaltungsbranche und das Eventmanagement“ mit aufgenommen werde.

Frau Brüdgam führt an, dass momentan sehr viele Bereiche Hilfe benötigen würden. Sie sehe kein Problem darin, den ÖPNV und die Kommunen zu unterstützen. Durch die Änderungen würde jedoch nicht die gesamte Wirtschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen unterstützt werden. Es gebe nicht nur den Tourismus und die Gastronomie.

Herr Kuhn merkt an, dass die Bundesregierung dem Konjunkturpaket noch nicht zugestimmt habe. Er beantragt, dass die Anträge zusammengefasst werden.

Frau Kasten führt an, dass das Geld auch in den Kommunen ankommen müsste. Dafür müsse gesorgt werden.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet die Fraktionsvorsitzenden, einen entsprechenden Beschlussvorschlag zu formulieren.

Herr Kuhn verliest den geänderten Beschlussvorschlag des Antrages. Dieser lautet wie folgt:

„Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich für einen Rettungsschirm zur Abfederung der Einnahmeverluste in der Corona-Krise für Kommunen und den öffentlichen Nahverkehr sowie für den Tourismus und die Gastronomie aus.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen fordert die Landes- und Bundesregierung dazu auf, einen dementsprechenden Rettungsfonds aufzulegen und ersucht den Landrat, sich bei der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern dafür einzusetzen sowie da-

rauf hinzuwirken, dass die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern für den Tourismus, die Gastronomie, die Veranstaltungsbranche und das Eventmanagement im Land einen eigenen Rettungsfond auflegt.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich für die schnelle Umsetzung des Konjunkturpaketes der Bundesregierung in Mecklenburg-Vorpommern aus. Die Mittel müssen zügig ohne Abschläge durch die Landesregierung an die Kommunen Vorpommern-Rügens und des ganzen Landes weitergereicht werden und an den notwendigen Stellen durch Landesmittel ergänzt werden. Dies gilt insbesondere bei der Abfederung der Gewerbesteuerausfälle und den Mitteln zur Stärkung des Gesundheitssektors und des öffentlichen Nahverkehrs. “

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung über den abgeänderten Antrag unter Berücksichtigung der Änderungsanträge der Kreistagsfraktionen der BVR/FW und DIE LINKE.

Beschluss: KT 130-06/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich für einen Rettungsschirm zur Abfederung der Einnahmeverluste in der Corona Krise für Kommunen und den öffentlichen Nahverkehr, **sowie für den Tourismus und die Gastronomie** aus.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen fordert die Landes- und Bundesregierung dazu auf, einen dementsprechenden Rettungsfonds aufzulegen und ersucht den Landrat sich bei der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern dafür einzusetzen **sowie darauf hinzuwirken, dass die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern für den Tourismus, die Gastronomie, die Veranstaltungsbranche und das Eventmanagement im Land einen eigenen Rettungsfond auflegt.**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich für die schnelle Umsetzung des Konjunkturpaketes der Bundesregierung in Mecklenburg-Vorpommern aus. Die Mittel müssen zügig ohne Abschläge durch die Landesregierung an die Kommunen Vorpommern-Rügens und des ganzen Landes weitergereicht werden und an den notwendigen Stellen durch Landesmittel ergänzt werden. Dies gilt insbesondere bei der Abfederung der Gewerbesteuerausfälle und den Mitteln zur Stärkung des Gesundheitssektors und des öffentlichen Nahverkehrs.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit einer Enthaltung zugestimmt.

Dafür: 63

Dagegen: 0

Enthaltungen: 1

25. Antrag der Kreistagsfraktion BfS/FDP: „Angleichung der Vergütung und Sachkosten an die Gesetzeslage für die Kindertagespflegepersonen“
Vorlage: A/3/0041
-

Herr Philippen begründet den eingebrachten Antrag.

Frau Christiane Müller informiert, dass sich der Jugendhilfeausschuss mit diesem Thema beschäftigt habe. In diesem Antrag werde suggeriert, dass die Verwaltung gegen ein Gesetz verstoßen würde. Der Landkreis Vorpommern-Rügen habe 2017 die letzte Richtlinie zur Finanzierung der Tagespflegepersonen in die Gremien zur Beschlussfassung gegeben. Zu diesem Zeitpunkt sei festgelegt worden, dass diese nach zwei Jahren evaluiert werden solle. Inzwischen hätten fraktionsübergreifende Gespräche mit Tagesmüttern stattgefunden. Aufgrund dieser Gespräche wurde sich darüber geeinigt, dass eine Prüfung der Richtlinie erfolgen müsse. Daraufhin seien durch die Verwaltung Erhebungsbögen verschickt worden, um Engpässe bei den Tagesmüttern zu ermitteln.

Frau Christiane Müller merkt weiter an, dass die Tagesmütter unterschiedliche Arbeitszeiten hätten. So würden einige zehn Stunden, andere acht Stunden und wieder andere nur sechs Stunden arbeiten, jedoch würden alle das gleiche Geld ausgezahlt bekommen. Dies führe zu Unmut und müsse überdacht werden. Bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses erwarte sie von der Verwaltung, dass die Erhebungsbögen ausgewertet seien und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden können.

Frau Kindler führt an, dass mit diesem Antrag die Tagespflegepersonen unterstützt werden würden.

Herr Kuhn merkt an, dass auch die Kreistagsfraktion CDU den Antrag unterstütze.

Herr Löttge informiert, dass die Kreistagsfraktion BVR/FW mit Tagespflegepersonen intensive Gespräche geführt habe. Er hoffe, dass sich der Jugendhilfeausschuss auch weiterhin mit diesem Thema auseinandersetze. Auch die Kreistagsfraktion BVR/FW unterstütze den Antrag.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass dieses Thema schon immer ein wichtiges Thema im Jugendhilfeausschuss gewesen sei und das Ergebnis der Evaluierung nicht vorweg genommen werden solle. Die Schlussfolgerungen sollten erst nach Abschluss der Evaluierung erfolgen. Er sei zuversichtlich, dass nach der Auswertung eine entsprechende Richtlinie erarbeitet werde, mit der die nächsten Jahre gearbeitet werden könne.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bitte um Abstimmung.

Beschluss: KT 131-06/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass für die Kindertagespflegepersonen im Landkreis Vorpommern-Rügen schnellstmöglich der Anerkennungsbetrag (Vergütung) und die Sachkosten an die Gesetzeslage angeglichen werden. Hierbei ist das Urteil des OVG MV, Aktenzeichen 1LB 70/18 OVG zu berücksichtigen.

Die Neuberechnungen sind dann unverzüglich dem Jugendhilfeausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit neun Enthaltungen zugestimmt

Dafür: 55
Dagegen: 0
Enthaltungen: 9

26. Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktion der CDU, BfS/FDP und BVR/FW: „Präsenzunterricht zu 100 Prozent herstellen“
Vorlage: A/3/0044

Herr Kuhn begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen dies unterstütze. Herr Heusler habe sich ebenfalls mit Gesundheitsamtsleitungen aus anderen Landkreisen abgestimmt und abgewogen, dass eine Öffnung der Schulen unter Berücksichtigung der Infektionszahlen möglich sei. Hier gebe es eine eindeutige Meinung, die umgesetzt werden müsse.

Herr Dr. Weiß merkt an, dass das Kultusministerium an einem neuen Hygienekonzept für die Schulen arbeite. Weiter sei die Frage, ob sich das Infektionsrisiko in sechs Wochen genauso darstelle wie jetzt. Er sehe jedoch einen Beitrag zur Weiterentwicklung darin, dass ein Teil der jetzt genutzten Digitalisierung auch in der Zukunft genutzt werde.

Herr Hofmann führt aus, dass die Fraktion BfS/FDP einen gleichlautenden Antrag bereits in der Bürgerschaft Stralsund gestellt habe und dieser mit großer Mehrheit angenommen worden sei. Es sei für die Familien ein unhaltbarer Zustand, dass der Tourismus gestartet werde und die Schulen geschlossen bleiben. Es müsse nach den Sommerferien ein Präsenzunterricht und eine digitale Form des Unterrichtes stattfinden.

Frau Kasten merkt an, dass die Umsetzung des digitalen Unterrichtes verbessert werden müsse.

Herr Löttge bedankt sich bei den Lehrern, Großeltern und der Verwaltung für die in der freien Zeit ohne den Präsenzunterricht erbrachten Leistungen. Weiter habe sich gezeigt, dass der Ausbau der Digitalisierung wichtig sei.

Frau Kühl informiert, dass Präsenzunterricht zum normalen Schulalltag gehöre, dazu gehöre nun auch der digitale Unterricht. Aber auch für die Hortbetreuung dürfe nicht vernachlässigt werden.

Herr Landrat Dr. Kerth stellt klar, dass das Land sich dazu bekannt habe, eine längere Hortbetreuung zu finanzieren. Der Grundsatz sei, dass nicht mehr nach Berufsgruppen unterschieden werde. Sollten jedoch die Kapazitäten der Träger begrenzt sein, würden die systemrelevanten Berufe bei der Vergabe von Hortplätzen bevorzugt.

Frau Bartel führt an, dass es neben dem Präsenzunterricht natürlich auch einen digitalen Unterricht geben müsse. Außerdem müsse sich darauf eingestellt werden, dass nicht alle Klassen in voller Stärke und unter Berücksichtigung der Abstandsregelungen unterrichtet werden.

Herr Kuhn ändert den Antrag wie folgt:

Es soll im Punkt I die Worte „**unter Einbeziehung der Digitalisierung**“ eingefügt werden.

Frau Kreistagspräsidentin Meyer bittet um Abstimmung unter Berücksichtigung der Abänderung.

Beschluss: KT 132-06/2020

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

- I Der Kreistag Vorpommern-Rügen fordert die Landesregierung dazu auf, unverzüglich die Voraussetzungen zu schaffen, damit spätestens zum Schuljahresbeginn 2020/21 alle Schulen vollständig geöffnet werden und hundertprozentigen Präsenzunterricht **unter Einbeziehung der Digitalisierung** an allen Schultagen für alle Klassen abhalten können.
- II Der Landrat wird beauftragt, sich für eine vollständige Schulöffnung einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung zugestimmt

Dafür: 62

Dagegen: 1

Enthaltungen: 1

27. Mitteilungen

Frau Kreistagspräsidentin Meyer teilt mit, dass die nächste Sitzung des Kreistages am 12. Oktober 2020 stattfinden werde.

Sie bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 20:09 Uhr.

14.08.2020 gez. Kathrin Meyer

Datum, Unterschrift

Kathrin Meyer

Kreistagspräsidentin

14.08.2020 gez. Marcus Hanusch

Datum, Unterschrift

Marcus Hanusch

Protokollführer